



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/188

9. Dezember 1949

Das Zwangsläufige in der Diktatur

Wenn die Sowjets an der Macht bleiben und ihrem Ziel, der Sowjetisierung der Welt, näherkommen wollen, sind sie dem Zwang

unterworfen, ihr Land zu industrialisieren und zwar in einem rasenden Tempo. Sie müssen den Vorsprung, der durch den "kapitalistischen

Gegner schon industrialisierten Welt" nicht nur aufholen, sondern überholen. Diese Art von Industrialisierung ist nach Auffassung

der Sowjets nur möglich durch absolute Planwirtschaft. Und absolute Planwirtschaft führt zwangsweise zur Aufhebung der Freizügig-

keit und zu Deportationen. Das sei am Beispiel demonstriert:

Wenn im Kusnezbecken in Sibien - einem menschenleeren Raum- Rohstoffe (Kohle und Erze) vorhanden sind und der Industrie dienst-

bar gemacht werden sollen, nach bolschewistischer Vorstellung in den Industrieplan einbezogen werden müssen, muss man alle Faktoren

und Elemente der Produktion - auch der Arbeitskraft! - verplanen. Das aber heisst Aufhebung der Freizügigkeit, zwangsweise Verschick-

ung von Arbeitskräften in das Kusnezbecken, was ja auch geschehen ist und noch ständig geschieht. Bei dem forcierten ~~Aufbau~~ der In-

dustrie in Rostow, am Don und in Stalingrad - um nur einige Beispiele zu nennen, die nach Belieben vermehrt werden können -

wurde in den Jahren 1925 und 1940 von dieser Zwangsverschickung insbesondere die männliche Bevölkerung der Ukraine betroffen. Ab-

solute Planung unterwirft also die Machthaber dem Zwang, die seine Macht unterliegenden Menschen nur als ein Objekt zu sehen mit all-

den bekannten Begleiterscheinungen der Missachtung der Menschenwürde. Jedes auf Diktatur aufgebaute Staatssystem kann grundsätz-

lich nur zentralistisch geleitet sein. Es kann auch um seiner Existenz willen innerhalb seines Machtbereiches keine Kritik dulden,

weil jede Kritik in einem diktatorisch geführten Staatssystem, wenn sie wirksam werden soll, nur den Weg der Verschwörung hat. Überall

dort, wo ein Herd von Kritik aufkommen könnte, muss daher eingegriffen werden.

Die Herde können überall dort entstehen, wo bestimmte Dinge - seien sie nun wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Natur,

materieller oder geistiger Art- Menschen innerhalb des Machtbereiches der Diktatoren zu Gruppen verbinden könnten. Solche Gruppen können

Gesellschaftsschichten regionalen oder ganzstaatlichen Charakters oder ganze Volksgruppen umfassen. Der eigenen Existenz zuliebe fühlt

sich die Diktatur verpflichtet, solche Gruppe mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu beseitigen. Ausweisung, Deportation, Konzentra-

tionslager und Liquidation(=physische Vernichtung) sind die erprobten und ständig angewandten Mittel dieses Selbstbehauptungswillens.

Wenn zum Beispiel 1946, nach der Demontage des Zeisswerkes in Jena, auch die Arbeiter mit ihren Familien zwangweise an nachweis-

lich mindestens vier Stellen in der Sowjetunion gebracht wurden, so hat das nicht nur den wirtschaftlich plausiblen Grund, sich diese

Facharbeiter für die Sowjetunion zu sichern, sondern entspricht auch dem Zwang, dem die Machthaber unterliegen: Die Arbeiter der Zeiss-

Abbe-Stiftung in Jena hatten durch Erfahrung einen Begriff davon bekommen, was gemeint war, wenn von dem Aufbau einer neuen sozialistischen

Ordnung die Rede war. Sie hatten inzwischen erfahren, dass das System der Sowjets nichts mit dem, was sie erstrebt, gemein hat.

Sie bildeten deshalb eine Gefahr für das bolschewistische System. Darum musste man sie über den weiten Raum der Sowjetunion verteilen.

sie wurden nach Kiew, in den Ural, in den Raum von Moskau und nach Sibirien gebracht. Es hat keinen Sinn, die Sowjets überreden zu wollen,

die Unmenschlichkeit nicht auf die Spitze zu treiben. Das hiesse sie überreden wollen, ihr System und sich selbst aufzugeben.

Ein unfruchtbares Unterfangen bei jeder herrschenden Klasse, nicht nur bei der Sowjetbürokratie.

Es geht um Finnlands Präsidenten

R.H.Stockholm, im Dezember

Stärker als ähnliche Vorgänge in anderen Ländern treibt die Präsidentenwahl das finnische Volk in eine neue politische Hoch-

spannung. Was in anderen Ländern ein relativ einfacher verfassungsmässiger Vorgang ist, wird in Finnland infolge der russischen Nach-

barschaft zu einer Lebensfrage für die politische Freiheit schlechthin. Darum wird diese Wahl weit über Finnland hinaus von elementarer

Bedeutung für die politische Entwicklung Europas.

Der bisherige Präsident, J.K. Paasikivi, erfreut sich wegen seiner reichen Erfahrungen und der klugen Führung der Staatsgeschäfte

allgemeiner Beliebtheit. Ursprünglich ein konservativer Parteiführer, der nach dem ersten Weltkriege als Regierungschef sehr scharf gegen

die Linke aufgetreten war, hat er sich zu einem allgemein, auch in der Sowjetunion anerkannten Staatsmann emporgearbeitet, dessen ge-

schickte Taktik wesentlich zur Erhaltung der finnischen Selbständigkeit nach dem zweiten Weltkriege beigetragen hat. Die verblüf-

fend freie Fassung des Freundschaftspaktes mit der Sowjetunion, die Befreiung von der Geissel eines volksdemokratischen Regierungschefs

(Pekkala), die Verhinderung einer einseitigen Politisierung der finnischen Polizei durch den Kommunistischen Innenminister Leino sind

nicht zuletzt seinem entschiedenen Vorgehen zu danken. In der gleichen Linie liegt seine vorbehaltlose Unterstützung der gegenwärtigen

Minderheitsregierung des Sozialdemokraten Fagerholm, die den inflationistischen Wettlauf der Löhne mit den Preisen zum Stehen gebracht

und unter den denkbar ungünstigsten Vorbedingungen die Voraussetzungen für eine ruhige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwick-

lung geschaffen hat. Heute werfen die Kommunisten den Sozialdemokraten vor, dass sie zur Gefolgschaft des Reaktionärs Paasikivi ge-

worden seien; Pekkala aber wird von den äusserst konservativen Agrariern nachgesagt, dass er zu einem Mitläufer der Sozialdemokraten

geworden sei. Die übrigen Parteien- mit den Sozialdemokraten als

grösster Gruppe- treten für eine Wiederwahl Paasikivis ein.

Ursprünglich schien begründete Aussicht vorhanden zu sein, dass die Amtsdauer des Staatspräsidenten ohne Wahlakt, der sehr kompliziert ist, um zwei Jahre verlängert wird. Hierzu wäre ein qualifizierter Mehrheitsbeschluss des finnischen Reichstags erforderlich gewesen. Die Agrarier hatten ihre Zustimmung von wirtschaftlichen Zugeständnissen abhängig gemacht und gefordert, dass die gegenwärtige Regierung durch eine Sammelregierung unter agrarischer Führung ersetzt werde. Ein derartiger Kuhhandel um das Amt des Staatspräsidenten wurde jedoch entrüftet zurückgewiesen. Die Volksdemokraten, welche zum grössten Teile aus der Kommunistischen Partei, zu einem Bruchteil aus einer kleinen sozialistischen Splittergruppe bestehen, haben den früheren Ministerpräsidenten Mauno Pekkala zu ihrem Präsidentschaftskandidaten gemacht. Pekkala gehört wohl dieser Splittergruppe an, ist also nominell kein Kommunist. Er steht jedoch vollständig unter kommunistischem Einfluss. Das ist in Finnland bekannt. Die als Verschleierung gedachte Kandidatur Pekkalas dürfte demnach den Volksdemokraten kaum Gewinne einbringen. Die Kommunisten bestreiten die Wahlagitation vor allem mit aussenpolitischen Argumenten: die gegenwärtige Staatsführung stehe eindeutig unter dem Kommando Amerikas und verschlechtere immer mehr das Verhältnis zur Sowjetunion.

Der Staatspräsident wird in Finnland nicht direkt vom Volke gewählt, sondern von Wahlmännern, die vom Volke gewählt werden und in ihrer Entscheidung vollkommen unabhängig sind. Die Sozialdemokraten haben daher, um sich den Wählern gegenüber nicht auf eine bestimmte Person festzulegen, keinen Kandidaten genannt. Ihre Führer haben aber eindeutig eine Wiederwahl Paasikivis befürwortet, für den werden die Wahlmänner sich parteimässig so wie der gegenwärtige Reichstag zusammensetzen würden- eine absolute Mehrheit gesichert wäre.

Die bisherigen Äusserungen der Parteien lassen eine erbitterte Auseinandersetzung erwarten, in welcher schonungslos die kleinsten Chancen wahrgenommen werden dürften. Wenn der gealterte und amtsüchtige Paasikivi -evtl. unter dem Eindruck eines unruhigen Wahlkampfes- die Kandidatur ablehnen sollte, könnten sich leicht Gefahrenmomente geltend machen, die sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate ergeben.

Zum 21. Dezember: dem Geburtstag des
Herrschers im Kreml

Wie Stalin die Atombombe erfand

Aus einem zukünftigen Leitartikel der "Prawda"

Stalin hat bereits während des Bürgerkrieges Atomforschung betrieben, und zwar als er 1919 Zaryzin verteidigte. Trotzki hat diese Beschäftigung Stalins mit der Atomforschung entdeckt und sofort die englisch-amerikanischen Interventionisten sowie die Deutschen informiert, in deren Sold Trotzki bereits damals gestanden hat. Die Anglo-Amerikaner haben daraufhin besondere Agenten mit Spezialanweisungen nach Russland geschickt, um hinter das russische Atomgeheimnis zu kommen. Die Bemühungen dieser Agenten blieben ergebnislos. Trotzki alarmierte jedoch den Sozialfaschisten Léon Blum und begab sich nach Stockholm, wo er sofort mit Kreuger in Verbindung trat.

Stalin setzte in engster Zusammenarbeit mit dem berühmten Wissenschaftler Woroschilow mit der ihm eigenen Zielstrebigkeit seine Atomforschungen fort. Man braucht nur die aus dem Kampf um Zaryzin stammenden Bilder zu betrachten, die Stalin und Woroschilow bei ihrer Arbeit zeigen.

Zu Beginn der Forschungsarbeit hatte Stalin Schwierigkeiten bei der Atomspaltung. Als es ihm jedoch gelang, die Atome zu einem Geständnis zu zwingen, spalteten sie sich in Isotopen und Misanthropen.

Stalin hatte daraufhin sofort begriffen, dass die nächste Entwicklungsstufe nach der Spaltung des Atoms die Vorbereitung einer Atombombe sein musste. Er begann zielbewusst mit den Vorbereitungsarbeiten, die Sinajew bekannt wurden, der seine Beobachtungen Radek mitteilte, Radek sagte es Bucharin, Bucharin sprach zu Kamenew, Kamenew informierte Trotzki und Trotzki gab die Nachricht weiter an General Ludendorff, der sie dann an die Amerikaner übermittelte.

Auf diese Weise haben die Amerikaner das Geheimnis der Atombombe erhalten.

Aus bisher unbekanntem Gründen - wahrscheinlich jedoch zurückzuführen auf titoistische Sabotage - wurde Stalins grosse Entdeckung bisher in der Geschichte der KPdSU(B) nicht erwähnt. Die noch am Leben gebliebenen Autoren dieses Geschichtsbuches wurden inzwischen zur Verantwortung gezogen. Eine Gruppe von Historikern und Wissenschaftlern mit Prof. Beria an der Spitze hat den Auftrag erhalten, eine neue Geschichte der KPdSU(B) zu schreiben, in der die umwälzende Entdeckung Stalins in der Weltwissenschaft gebührend herausgestellt werden wird.

- -

Bürokraten gegen Parlament

- - - - -

sp. Auf Antrag der FDP beschloss der Bundestag, also die höchste demokratische Institution, einstimmig die Steuerfreiheit der Weihnachtsgratifikationen bis zum Betrage von 300.--DM. Am Tage danach schickte Bundesfinanzminister Schaeffer (FDP) einen Sprecher vor, der die Rechtsverbindlichkeit dieses Beschlusses in Zweifel zog, da eine solche Beschlussfassung nicht in die Kompetenz des Bundes, sondern der Länder gehöre. Ergänzend liess er erklären, dazu gehöre zumindest ein Gesetz. Ein Bundestagsbeschluss ohne Gesetzesvorlage sei für die Regierung allenfalls eine "Empfehlung" und es stehe ihr frei, diese zu beachten oder zu ignorieren.

Inzwischen haben die Länderfinanzminister getagt und den Wink Schaeffers aufgegriffen. Sie empfahlen dem Bundesrat, den Beschluss des Bundestages "nicht zu beachten", da die Finanzen der Länder einen solchen Ausfall nicht vertragen könnten.

Hier liegt also der Fall vor, dass die Exekutivorgane der Demokratie, deren Aufgabe nichts anderes sein soll, als die Beschlüsse der Volksvertretung auszuführen, den obersten Willensträger des Volkes, sein Parlament, einfach zu ignorieren empfohlen. Mit anderen Worten: Die Bürokratie meldet offen Herrschaftsansprüche über das Parlament an.

Jede Diskussion darüber, ob die Kompetenz beim Bundestag oder

bei den Landtagen zu machen war, ist schon deshalb müßig, weil in Kürze vom Bund eine Neuregelung der Einkommensteuern zu erwarten

steht. Niemand hat bisher gegen eine solche Regelung Stellung bezogen, weder der Bundesfinanzminister, noch seine Kollegen in den

Ländern, obgleich der hierdurch eintretende Einnahmeausfall nach amtlichen Schätzungen 800 Mill. DM, nach anderen jedoch bis zu 2 1/2

Mrd. D-Mark betragen soll. Das liegt wahrscheinlich daran, dass diese 2 1/2 Mrd. zum größten Teil in den Taschen der grossen Einkom-

mensbezieher verbleiben, während Weihnachtsgratifikationen bekanntlich nur an Arbeitnehmer gegeben werden. Die Ereignisse um die Weih-

nachtsgratifikationen haben wieder einmal klar den Unterschied zwischen Propaganda und Praxis der bürgerlichen Parteien gezeigt.

Aber damit ist der Fall nicht abgetan. Wenn sich ein Minister mit der Auffassung des Parlaments nicht im Einklang befindet, so

ist es üblich, dass er zurücktritt. Wenn es aber ein Minister wagt, das Parlament in solcher Weise zu brüskieren und die Beschlüsse der

Volksvertretung zu ignorieren, so sollte man ihn verabschieden, denn ein eklatanterer Fall der Diskriminierung der Demokratie ist

schlechterdings nicht vorstellbar. Nach Schaeffers Meinung ist anscheinend die Volksvertretung nur Bestätigungsorgan für Regierungsa-

vorlagen und am angenehmsten in der Rolle des Reichstagesgesangsvereins der Hitler-Zeit. Er wird sich daran gewöhnen müssen, dass Parlamente

in der Demokratie einen eigenen Willen haben und er wird das nach unserer Schätzung sehr bald zu spüren bekommen.

60 Jahre Frankfurter "Volksstimme"

sp. Die sozialdemokratische "Volksstimme" in Frankfurt begeht am 12. Dezember ihr 60-jähriges Jubiläum. Fritz Heine vom geschäftsführenden Vorstand der SPD übersandte der Zeitung ein Gratulationsschreiben, in dem es u. a. heisst: "Wir verfügen auch heute, wie seit Beginn der Arbeiterbewegung, nur über einen Bruchteil der Tagespresse. Auch auf diesem Gebiet müssen wir alles leisten, was die Situation zu unseren Gunsten verändern kann. In den 60 Jahren seit der Gründung der "Volksstimme" hat es Auf und Ab in vielfacher Form gegeben. Wir hoffen von Herzen und sind überzeugt, dass die "Volksstimme" der Arbeiterbewegung, in welchem Rahmen und welcher Gestalt immer, neuen Aufschwung, neue Aufgaben und neue Erfolge bringen wird."